

# Unsere Anträge für die Landtagssitzung Mai 2018

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## **Aussprache: Aktuelle Situation am Krankenhaus Wolgast**

Die Situation am Kreiskrankenhaus Wolgast ist kritisch. Die Fachabteilung für Geriatrie erreicht nicht die erforderlichen Fallzahlen. Die Portalpraxisklinik für die medizinische Notversorgung von Kindern ist nicht durchgängig besetzt und kann schwere Fälle nicht versorgen. Offene Stellen im nichtärztlichen und ärztlichen Bereich werden nicht wieder besetzt. Und jetzt soll zum 1. Juli auch noch das Labor geschlossen werden. Diese Entscheidungen verschlechtern die Arbeitsbedingungen am Kreiskrankenhaus und sie verengen das Leistungsspektrum. Das kann für ein Krankenhaus tödlich sein. Wir wollen Lösungsvorschläge, denn wir brauchen wir alle Krankenhäuser im Land für eine wohnortnahe Versorgung.

## **Produktionsschulen zukunftsfähig machen - dauerhafte Finanzierung sichern ([Drs 7/2157](#))**

Die Produktionsschulen (PS) haben sich seit Jahren in M-V bewährt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bereits 2016 hat sich der Sozialausschuss des Landtages im Rahmen einer Expertenanhörung mit der Zukunft der Produktionsschulen befasst. Alle seinerzeit im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen haben sich zu diesem Angebot bekannt. Dem Bekenntnis müssen endlich auch Taten folgen, denn immer wieder geraten die PS in finanzielle Schieflage, wenn einer der Partner auszusteigen droht. Dies trifft aktuell zum Beispiel die Müritz-Produktionsschule in Waren. Ursächlich ist der schrittweise Ausstieg der Bundesagentur für Arbeit aus dem Einkauf von Plätzen. Nachdem die PS als Ersatzschulen nicht anerkannt wurden, braucht es andere und im aktuellen Fall auch schnelle Lösungen. Darüber hinaus muss auch bei den PS endlich Schluss sein mit einjährigen Arbeitsverträgen für das Lehrpersonal. Auch das gehört zu guter Arbeit für M-V.

## **Aussprache: Gute Arbeit - gute Löhne auch für die Beschäftigten der Zeitungsredaktionen und Verlagshäuser in Mecklenburg-Vorpommern**

Erneut hat ein Zeitungsverlag in M-V eine Betriebsratsgründung und das Wirksamwerden von Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten verhindert. Bei der OZ wurden 32 Beschäftigte auf Schlag entlassen, um in einem neugegründeten Unternehmen die bisherigen Löhne zu unterlaufen. Mehrheitseigner der Verlagsgruppe Madsack, zu der die OZ gehört, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Partei von Ministerpräsidentin Schwesig – Gute Arbeit für M-V!

## **Lage in Afghanistan umgehend neu bewerten, Abschiebungen bis auf Weiteres aussetzen ([Drs. 7/2062](#))**

Die Lage in Afghanistan ist sowohl für Ausländer/innen als auch für Einheimische lebensbedrohlich. „Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle und Entführungen gehören seit Jahren in allen Teilen von Afghanistan zum Angriffsspektrum der regierungsfeindlichen Kräfte.“  
(Quelle Auswärtiges Amt, 23.05.2018) Deshalb ist ein Abschiebemoratorium das Gebot der Stunde.

## **Haftvermeidung statt Ersatzfreiheitsstrafe ([Drs. 7/2156](#))**

Ersatzfreiheitsstrafen müssen reduziert werden, da sie kriminologisch sinnlos sind. Häufig landen Menschen im Gefängnis, die die verhängte Geldstrafe aus verschiedenen Gründen nicht bezahlen können. Therapeutische Maßnahmen zur Resozialisierung finden nicht statt. Die Reduzierung von Ersatzfreiheitsstrafen soll keine rechtsfreien Räume schaffen. Es soll lediglich vermehrt nach Möglichkeiten, die Geldstrafe zu begleichen oder durch gemeinnützige Arbeit abzuleisten, gesucht werden.

## **Kinder- und Jugendförderung in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln ([Drs. 7/2158](#))**

Die Situation der Jugendhilfe sowie der Kinder- und Jugendförderung in Mecklenburg-Vorpommern ist prekär. Weite Bereiche aus dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz sind unterfinanziert. Die Fördergrundlage wurde seit mehr als 20 Jahren nicht angepasst. Folge sind nicht nur eine Stagnation bei den Angeboten, sondern auch personelle Engpässe, die – sollten sie nicht gezielt angegangen werden – in den kommenden Jahren weitere Lücken reißen werden. Bei immer komplexer werdenden Problemlagen der Kinder und Jugendlichen gleicht dies einem gesellschaftlichen Pulverfass. Wir fordern die dringend notwendige Weiterentwicklung im Bereich der Jugendhilfe sowie eine deutliche Erhöhung der Pro-Kopf-Förderung und die verbindliche Berücksichtigung von Kindern bereits im Grundschulalter. Die Kommunen müssen wirksamer unterstützt werden, um Qualität und notwendige Bedarfe der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort – gerade in strukturschwachen Regionen – sichern zu können. Die strategische, finanzielle Absicherung der Jugend- und Schulsozialarbeit stellt uns vor große Herausforderungen und muss bereits jetzt langfristig geregelt werden. Ein Vertagen zum Ende der Wahlperiode käme zu spät.

## **Aussprache: Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Budgetrecht des Parlaments sowie Rechte der Abgeordneten und der Opposition achten**

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments und wird seit Bestehen des Strategiefonds mit Füßen getreten. Das Gutachten spricht hier eine klare Sprache. Der Landtag hat nicht nur das Recht der Budgethoheit, er hat auch die Pflicht dieses auszuüben. Er darf sich nicht ohne Not dieser Hoheit entledigen. Das Geld, das im Strategiefonds liegt, der jedes Jahr aufs Neue aus den Haushaltsüberschüssen gespeist wird, wurde der Verfügungsgewalt des Parlaments entzogen.

## **Bundratsinitiative zur Überarbeitung des Gemeinnützigkeitsrechts** [\(Drs. 7/2155\)](#)

Bundesweit droht vielen Vereinen die Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit durch das jeweils zuständige Finanzamt. Ursache dafür ist der geltende rechtliche Rahmen und die wenig konkretisierten Vorgaben für dessen Anwendung. Dies führt zu Rechtsunsicherheiten und einer Ungleichbehandlung der Vereine. Daher muss das Gemeinnützigkeitsrecht überarbeitet und modernisiert werden.